

ZWISCHENRUF

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 82

AUGUST 2011



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Juli war weitgehend verregnet. Innenpolitisch erschien er ruhig. Es regt sich auch kaum jemand darüber auf, daß die Pläne des Tiefbahnhofs „Stuttgart 21“ für die Rettung gehbehinderter Menschen vorsehen, daß diese fremde Reisegäste – die ja dann selbst gerade auf der Flucht sind – um Hilfe bitten sollen. Man kann sich gut vorstellen, wie leichtfüßig sie die sieben Meter Höhenunterschied überwinden.

Für den August darf man noch auf besseres Urlaubswetter hoffen. Politisch wird die BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der LINKEN sich zum Programm-Entwurf ihrer Partei äußern. Ende des Monats werden Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer beim Fest, daß den ersten Jahrestag der Wiedereröffnung des Schlosses Friedrichsfelde begeht, für Überraschungen sorgen: Es wirbt mit dem Slogan „Ein Schloß für alle“ sein zu wollen. Ein Aufzug war bei über 3,5 Millionen Euro Förderung jedoch nicht drin.

Bevor die hektische Herbstzeit beginnt, wünsche ich uns allen noch ein paar Gelegenheiten, gut durchzuatmen.

Wir werden die Puste brauchen . . .

Euer/Ihr

Menschenrechte sind kein Gnadenakt

Heimlich, still und leise legte die Bundesregierung ihren ersten Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor. Er geht nicht ins Parlament. Er geht „nur“ an die UNO.

Die Bundesregierung bleibt sich treu in Selbstgefälligkeit und Ignoranz: die massive Kritik behinderter Menschen und ihrer Verbände an dem Nationalen Aktionsplan wurde kaum berücksichtigt und spiegelt sich auch in diesem ersten Staatenbericht in keiner Weise wider. Auch die Kritik der OECD an der sozialen Situation in der Bundesrepublik zeigt keine Wirkungen.

Ganz im Gegenteil ist dieser Bericht ein Verschleierungsversuch. „Der Umstand, dass ein großer Teil von Menschen mit Behinderungen im reichsten europäischen Land in Armut leben muß, weil die Gesetzeslage Teilhabeleistungen an vorhandene Armut bindet, also erst arm macht – wird völlig ausgeblendet. Dementsprechend wird die Forderung der Behindertenverbände nach voller Teilhabe konsequent nicht als soziale Teilhabe, sondern beschränkt als vor allem rechtliche Teilhabemöglichkeit interpretiert. Der eklatante Widerspruch zwischen rechtlichen Möglichkeiten und ihrer oft fehlenden Umsetzung in der Praxis wird weder untersucht noch eingeräumt. Die Frage, inwieweit die UN-Konvention eine Überarbeitung und Fortentwicklung deutscher Gesetze notwendig macht, ist gar nicht zugelassen. Allenfalls auf der Ebene von Verordnungen soll modifiziert werden. So wundert es nicht, dass der Bericht mit keinem Wort auf den vorliegenden Teilhabe-Gesetzesentwurf der behinderten Juristinnen und Juristen eingeht.“ Weiter erklärt Ilja Seifert: „Die Bundesregierung berichtet nicht über die Umsetzung der UN-Konvention, sondern legt ein Armutszeugnis ab über ihr Politikverständnis, das Verwirklichung von Menschenrechten immer noch als Gnadenakt versteht und damit den Menschen doch wieder zum Objekt der Fürsorge herabsetzt“.

Von den beiden großen Grundprinzipien der Konvention - Inklusion und Barrierefreiheit - will diese Regierung in Wahrheit nichts wissen. Den Wortlaut der Erklärung finden Sie [hier](http://www.ilja-seifert.de).

SoKe

TERMINE MIT ILJA SEIFERT

23.08.08 - 16 Uhr
soziale Arbeit im Rahmen der Aktion „**Perspektivwechsel**“ in der Heilpädagogischen Kindertagesstätte „**Menschenskinder**“ der AWO in Pirna, Otto-Walther-Str. 14

29. bis 31.08.
Entlang des Grünen Bandes - Delegationsreise des Tourismusausschusses des Bundestages entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze

19.08.14 - 16 Uhr
Rundtischgespräch chinesische Delegation des CDPF/CFDP (China Foundation for Disabled Persons) zu sozialen Sicherungssystemen und Rehabilitation

27.08.15.00 Uhr
Schloßfest,
Tierpark Berlin-Friedrichsfelde

VORAB:
23. - 24.09.
Behindertenpolitische Konferenz im Rahmen der REHA-CARE Düsseldorf

„Öffentliches Verkehrsmittel“ muß Ehrentitel sein!

Mitten in der Reisezeit „liberalisiert“ die Bundesregierung den Busfernverkehr. Was da als kundenfreundlicher Wettbewerb daherkommt und von der Presse auch so verbreitet wird, ist für Menschen mit Behinderungen, insbesondere im Rollstuhl, ein Skandal.

Denn: „Statt Barrierefreiheit vorzuschreiben - solche Rahmenbedingungen zu schaffen, gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Gesetzgebers -, läßt sich die Bundesregierung von einflußreichen Lobbyisten ein Gesetz diktieren, das geltendem Recht eindeutig widerspricht. Sollte es erst einmal in Kraft sein, höre ich schon die heuchlerische „Argumentation“, daß man einsehe, daß barrierefreie Fahrzeuge „eigentlich“ benötigt würden, nun aber - leider, leider - schon umfangreiche Investitionen in „normale“ (als wenn Aussonderung „normal“ sei!) Busse getätigt worden wären. Diese müßten sich erst einmal amortisieren und einen kleinen Gewinn abwerfen. Das dauert durchschnittlich 15 Jahre“ argumentiert Ilja Seifert. Öffentlich sei ein Verkehrsmittel nur, das Jede und Jeden mitnimmt. Es ginge nicht um „quadratisch-praktisch-häßlich“-Lösungen und auch nicht um unverhältnismäßige Unternehmenskosten: „Wenn barrierefreie Busse serienmäßig gebaut werden, schmelzen die „Zusatz“-Kosten wie Eis in der Sonne. Wenn keine anderen mehr zugelassen werden - das könnte das Gesetz festlegen -, wird auch keiner mehr bestellt und gekauft. Das sind gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle“.

Noch ist der Entwurf der Bundesregierung nicht Gesetz. Ein Bündnis von behinderten und nichtbehinderten Menschen könnte dies noch verhindern!

Es irrt übrigens, wer glaubt, mehr Barrierefreiheit nütze nur Rollstuhlfahrern: auch alte Mitfahrende und Eltern mit Kindern würden sicherer und bequemer reisen!

mehr unter: www.kobinet-nachrichten.org

(K)Ein Schloss für Alle!

3,5 Millionen Euro öffentliche Mittel wurden für die Sanierung des Schlosses Friedrichsfelde vom Senat bereit gestellt. Die Schaffung von Barrierefreiheit spielte trotz klarer gesetzlicher Regelungen dabei keine Rolle. Bis heute gab es kein gemeinsames Gespräch mit dem Tierpark als Eigentümer, dem Förderverein als Nutzer und den Verantwortlichen Politikern im Senat und Bezirksamt, obwohl der Berliner Behindertenverband (BBV) dies seit Monaten vorschlägt. Im Schloss gibt es seit einem Jahr attraktive öffentliche Veranstaltungen bis hin zu Staatsempfängen, aber Rollstuhlfahrer/innen und andere Menschen mit Gehbehinderungen müssen wegen der Treppen draußen bleiben (worauf Tierpark und Förderverein auf ihren Internetseiten nicht einmal hinweisen). Deswegen ist der angekündigte Protest des BBV am 27. August um 15 Uhr auf dem Schlossfest kein Affront gegen den ehrenamtlich tätigen Förderverein, sondern eine (wiederholte) Einladung auch an Herrn Ziolko, endlich gemeinsam Wege zur Schaffung der Barrierefreiheit im Schloss Friedrichsfelde zu suchen und hoffentlich auch zu finden.

Andre Nowak



Das 17. Strassentheaterfestival in Görlitz gelang - trotz städtischer Finanzkürzung. Ilja Seifert übergab am 6. August einen symbolischen Scheck in Höhe von 350 Euro im Namen der Fraktion DIE LINKE. Die „Artistokraten“ dankten mit einer furiosen Vorstellung. Eine nachdrückliche Bewerbung für das Festival 2012 - hoffentlich öffentlich finanziert!

Text/Foto:H. Krahl

In Kürze

*

Als **Erstunterzeichner** unterstützt Ilja Seifert den **Aufruf „Arbeitsmarktpolitik für alle“**. Der Paritätische Gesamtverband fordert von der Bundesregierung die Rücknahme der Sparbeschlüsse und eine Umkehr in der Arbeitsmarkt-Instrumentenreform. Die Unterstützerlisten werden Anfang September allen Abgeordneten des Bundestages übergeben!!

Arbeitsmarktpolitik für alle
» mehr Infos «

aufruf@arbeitsmarktpolitik-fuer-alle.de

*

„Eine Kapitaldeckung löst die **Probleme der Pflege** nicht: Fachkräftemangel, chronische Unterfinanzierung...und ein zu enger Pflegebegriff sind so nicht zu beseitigen...“ erklärt die **Pflegepolitische Sprecherin der LINKEN** Kathrin Senger-Schäfer [lesen Sie hier](#)



Berlin wählt und Sie wählen Ihr persönliches Wahlplakat [hier](#) und können es kaufen als Spende im Wahlkampf...

Was sagen die Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses zur Behindertenpolitik? Die Antworten auf die Wahlprüfsteine des Landesbehindertenbeirates finden Sie [hier](#)

Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 22772176
E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Schulstr. 8
02826 Görlitz
Tel.: 03581 661050
E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss: 08.08. 2011
Redaktion: S. Kemnitz